

Antrag vom 20.04.2026

Eingang bei: L/OB

Datum: 20.04.2026

Antrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Betreff

Wie kann Stuttgart digital und unabhängig arbeiten?

Wir beantragen:

1. Die Verwaltung berichtet im nächsten Ausschuss für Digitalisierung und Organisationsentwicklung (DigO) über das Lizenzmanagement:

- Verantwortlichkeiten: Wer hat den Überblick über alle Lizenzen der Stadtverwaltung? Welche Stelle verantwortet die zentrale Verwaltung und Dokumentation der Lizenzen?
- Lizenzkostenentwicklung und Maßnahmen bei zu hohen Kosten: Wer überwacht die Entwicklung der Lizenzkosten? Wie kann die Landeshauptstadt (LHS) reagieren, falls Lizenzen unerschwinglich werden? Wie positioniert sich die LHS angesichts der massiven Lizenzkostensteigerungen von Microsoft? Welche langfristigen Lösungen werden verfolgt, um die digitale Infrastruktur der Stadt zukunftssicher und kosteneffizient zu gestalten?
- Finanzierung: Wie sollen die Lizenzkosten beim Ausbau der Digitalisierung und angesichts der knappen Finanzlage der Stadt getragen werden? Bitte darlegen, ob und wie Mittel umgeschichtet oder zusätzliche Budgets bereitgestellt werden, um z.B. steigende Microsoft-Kosten abzudecken.

2. Die Verwaltung erstellt Richtlinien zur Softwareauswahl, welche die Kriterien der digitalen Souveränität abdecken.

Verbindliche Richtlinien decken u.a. folgende Aspekte ab:

- Lock-in-Effekte: Vermeidung von Abhängigkeiten von einzelnen Herstellern.
- Datensouveränität: Gewährleistung der Kontrolle über eigene Daten.
- Lizenzkostenentwicklung: Transparente und langfristige Planung der Kosten.
- Cloud vs. On-Premise: Abwägung der Vor- und Nachteile beider Modelle.
- Server-Standorte: Bevorzugung von Standorten in Deutschland oder der EU.
- Herkunft der Software: Bevorzugung von Lösungen aus Deutschland oder der EU.
- Wirtschaftlichkeit und Kostentransparenz: Klare Darstellung der Gesamtkosten über den Lebenszyklus der Software.
- Open-Source-Alternativen: Prüfung und Bevorzugung von Open-Source-Lösungen.
- Vertragsausstieg: Klare Regelungen für den Ausstieg aus Verträgen.

Dafür soll die Anpassung der Freigabegrenzen erfolgen: Die aktuellen Freigabegrenzen für IT-Beschaffungen (ab 200.000 Euro durch

Verwaltungsausschuss und Gemeinderat) sollen auf 500.000 Euro angehoben werden. Dies reduziert den bürokratischen Aufwand.

Begründung:

Die Landeshauptstadt Stuttgart muss ihre digitale Souveränität ausbauen und sich von Abhängigkeiten einzelner Konzerne lösen. Die Auswahl von Software aus Deutschland oder der EU stärkt nicht nur den Standort, sondern sichert auch die Kontrolle über unsere Daten. Europäische Softwarelösungen unterliegen den strengen Datenschutzbestimmungen der DSGVO.

Die Lizenzkosten des Bundes überstiegen im Jahr 2024 eine Milliarde Euro. Dieses Geld sollte stattdessen in europäische oder deutsche Softwarehersteller investiert werden, um die heimische Wirtschaft zu fördern und Arbeitsplätze zu sichern. Darüber hinaus steigen Microsoft-Lizenzkosten erneut zum 1. Juli 2026, nachdem sie ohnehin fast jährlich gestiegen sind.

Seit der Zusammenarbeit von OpenAI mit dem Pentagon steht das Unternehmen in der Kritik und verliert Nutzer*innen. US-amerikanische Softwarehersteller sind leider nicht mehr vertrauenswürdig. Die Nutzung ihrer Produkte birgt das Risiko, die Kontrolle über unsere Daten zu verlieren.

Initiativen wie die Tech-Allianz von Nextcloud und IONOS zeigen, dass es europäische Alternativen zu Microsoft Office gibt. Durch gezielte IT-Ausgaben können wir diese Initiativen unterstützen und den Ausbau europäischer Softwarelösungen vorantreiben.

Die hohe Anzahl an Beschlussvorlagen für IT-Beschaffungen der Landeshauptstadt trägt nicht zur Steigerung der Qualität bei, da diese meist ohne Prüfung genehmigt werden. Stattdessen sollte der Aufwand in die Softwareprüfung und die Einhaltung der Richtlinien fließen.

Gez.

Afina Albrecht
Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Anlage/n

Keine